

«Iheimisch ist ein grosses Volksfest»

Buochs In rund drei Wochen startet mit der Iheimisch die grösste Gewerbe- und Erlebnisausstellung Nidwaldens. OK-Präsident Björn Britschgi freut sich auf rund 20 000 Besucher und 250 Aussteller. Zum Erfolg des Klassikers trage auch das Intervall bei, ist er überzeugt.

Interview: Matthias Piazza
matthias.piazza@nidwaldnerzeitung.ch

Sie ist zur schönen Tradition geworden. Nach 1998, 2005 und 2012 geht auch dieses Jahr auf dem Flugplatz Buochs die Iheimisch über die Bühne. 250 Aussteller aus Nidwalden, Engelberg und Seelisberg zeigen sich von ihrer besten Seite – ergänzt mit einem Rahmenprogramm. Die Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, am Samstag wurde ein zehn Meter hoher Jäger-Hochsitz aufgebaut – das Wahrzeichen der diesjährigen Iheimisch.



In ziemlich genau einem Monat ist die Iheimisch schon wieder Geschichte. Welche Bilanz wollen Sie dann ziehen können?

Björn Britschgi: Ich hoffe, dass ich dann von vielen zufriedenen Besuchern und Ausstellern und von einem positiven Rechnungsabschluss berichten kann.

Wie viele Besucher erhoffen Sie sich denn?

Die letzte Iheimisch besuchten rund 25 000 Leute. Wir haben



Iheimisch-OK-Präsident Björn Britschgi.

Bild: Oliver Mattmann (Buochs, 5. April 2019)

für die diesjährige Ausgabe mit 20 000 Besuchern kalkuliert. Falls sich an diesen Tagen kein Unwetter ereignet, werden wir diesen Wert erreichen, da bin ich zuversichtlich.

Das heisst, im Schnitt strömen täglich 5000 Leute auf das Flugplatz-Gelände in Buochs oder vielleicht auch mehr, wenn Ihre Erwartungen übertroffen werden. Was

heisst das denn verkehrstechnisch?

Wir haben grosszügig kalkuliert. Auf dem Flugfeld stehen 1500 Parkplätze zur Verfügung. Und Besucher aus Nidwalden und Ob-

walden können gratis mit dem öffentlichen Verkehr an- und wieder heimreisen, sofern sie ihr Iheimisch-Billettt im Vorverkauf erworben haben. Zudem fährt alle 15 Minuten ein Gratis-Shuttle zwischen dem Bahnhof Stans und dem Festgelände.

Wie gut läuft der Vorverkauf?

Rund 1000 Billette wurden seit dem Start des Vorverkaufs am 10. April schon bezogen.

Muba und Züspa sind Geschichte. Die traditionelle Messe entspreche nicht mehr den Erwartungen von Ausstellern und Publikum, hiess es bei den Veranstaltern. An der Iheimisch hatten Sie schon vor einem halben Jahr fast alle 250 Aussteller beisammen. Wie erklären Sie sich den Erfolg?

Der grosse Pluspunkt ist, dass die Iheimisch nur alle sieben Jahre stattfindet. In diesem Intervall sind die Firmen gerne bereit, diesen grossen finanziellen und organisatorischen Aufwand zu stemmen, um sich an einem Stand zu präsentieren, auch wenn der Nutzen für sie nicht messbar ist. Bei den Nidwaldnern ist die Iheimisch ein grosses Volksfest mit bleibender Erinnerung.

Welches sind aus Ihrer Sicht die Höhepunkte für die Besucher?

Da kommt mir sicher die Flugshow des PC7-Teams der Schweizer Luftwaffe in den Sinn, dann auch der Weltrekord-Versuch der Ob- und Nidwaldner Bäcker/Confisereure, die einen über 200 Meter langen Zopf an einem Stück backen wollen. Zudem haben wir noch viele weitere Attraktionen.

Sämtliche zehn OK-Mitglieder sind das erste Mal dabei. Wie schwierig war es, ein neues Iheimisch-OK zu bilden?

Dank guter Vernetzung nicht schwierig. Der ganze Kopf der Iheimisch ist aus Mitgliedern des Vereins Novum Jungunternehmer Nidwalden entstanden.

Wird es auch in sieben Jahren wieder eine solche Iheimisch geben?

Der Anlass wird auch 2026 wieder durchgeführt, davon bin ich überzeugt. Aber in welcher Form, wird sich zeigen.

Hinweis

Iheimisch: 30. Mai bis 2. Juni auf dem Flugplatz Buochs. Erwachsene zahlen 15 Franken pro Tag, 6- bis 15-Jährige 5 Franken, Kinder nichts, www.iheimisch.ch.

Welches Rezept taugt für Schuldenbremse?

Obwalden Am 19. Mai wird über das kantonale Finanzhaushaltsgesetz abgestimmt. Grund dafür ist ein Referendum, das sich unter anderem gegen Einmalabschreibungen und Lockerung der Schuldenbremse richtet. Die Parteien sind alle dafür, aber nicht alle einstimmig.

Pro

Warum braucht es den Nachtrag zum Finanzhaushaltsgesetz? Drehen wir das Rad zurück und werfen einen Blick ins Jahr 2005. Damals entschied der Bundesrat, die Hälfte der Schweizer Goldreserven zu verkaufen und den Kantonen vom Gewinn zwei Drittel auszuschiütten. Die Nationalbank (SNB) überwies den Kantonen insgesamt 21 Milliarden. Obwalden nutzte seine 134.5 Millionen – wie politisch verlangt – klugerweise zum Abbau der Staatsverschuldung.

Das war der Befreiungsschlag und der Startschuss für die erfolgreiche Obwaldner Steuerstrategie. Diese hat uns finanzstarke Steuerzahler eingebracht und alle Obwaldnerinnen und Obwaldner steuerlich massiv entlastet. Die meisten anderen Kantone nutzten den Geldregen aus den Goldreserven damals, um ausserordentliche Abschreibungen vorzunehmen. Nun macht es Obwalden den anderen Kantonen zeitverzögert gleich.

Mit diesen zusätzlichen Abschreibungen kann der

Kanton seinen Finanzhaushalt wieder ins Lot bringen, er verfügt trotzdem noch über ein Finanzvermögen von 133 Millionen. Zusätzliche Abschreibungen sind zwar kein Heilmittel, um die kranken Finanzen zu heilen. Sie sind aber eine praktikable und vertretbare Massnahme, ein Schritt zur Gesundung. Nach der vom Volk im Herbst 2018 verworfenen Finanzstrategie müssen jetzt mehrheitsfähige Lösungen auf den Tisch.

Zu lange wurde die finanzielle Schiefelage geduldet. Jetzt sind wir zum Handeln gezwungen. Es braucht diverse Sanierungsmassnahmen. Diese bestehen aus Einsparungen, Verzicht, gerechteren Berechnungsgrundlagen bei der Prämienverbilligung, der Beteiligungen der Gemeinden beim nationalen Finanzausgleich (NFA) und eben Abschreibungen. Und wenn nicht anders möglich eine moderate, befristete Steuererhöhung mit Volksentscheid. Um dieser politisch sehr breit abgestützten Strategie zum Erfolg zu verhelfen, braucht es die Anpassung des Finanzhaus-

haltsgesetzes zwingend. Und es braucht ein Aussetzen der Schuldenbegrenzung für ein Übergangsjahr, damit diese geplanten Massnahmen überhaupt eine Erfolgchance haben.

Ein Scheitern des Nachtrags zum Finanzhaushaltsgesetz wäre der Kollaps der Steuerstrategie. Umgehende massive Steuererhöhungen und eine markante Verschuldung wären die Folge. Wir wären wieder gleich weit wie vor 15 Jahren. Wir wären wieder eine Steuerhölle, könnten aber im Unterschied zu damals keine Goldreserven mehr einsetzen.

Darum ein überzeugtes und solidarisches Ja zum Nachtrag zum Finanzhaushaltsgesetz.



Monika Rüeegg
SVP-Kantonalpräsidentin und
-Kantonsrätin, Engelberg

Contra

Dass Obwalden ein tiefgreifendes finanzielles Problem hat, ist offensichtlich. Obwohl dies bereits seit Jahren absehbar war, hat die Regierung erst sehr spät einen Vorschlag präsentiert – und ist im September 2018 damit vor dem Volk gescheitert. Nun wird versucht, die Rettung mit Anpassungen im Finanzhaushaltsgesetz (FHG) zu machen, worüber wir am 19. Mai dank einem Referendum abstimmen dürfen.

Ich gebe zu, der Referendumsführer greift zu eigenwilligen Methoden. Er erinnert mich allerdings sehr stark an den Propheten im eigenen Land. Seine Analyse ist nämlich absolut zutreffend, man will sie aber lieber nicht hören. Die vorgesehene Sonderabschreibung bringt keinen Franken zusätzlich in die Kasse, mit dem wir anstehende Investitionen finanzieren könnten. Zusätzliche Abschreibungen mögen ein legitimes Mittel sein – allerdings in guten Zeiten und bei vollen Kassen. Der Kanton Obwalden befindet sich aber auf direktem Weg in die Verschuldung. Dabei sollte die Schuldenbremse im

Gesetz eigentlich genau dies verhindern. Doch anstatt den unangenehmen Tatsachen ins Auge zu sehen, versuchen nun Regierung und Kantonsrat, die Regeln für ein Jahr einfach ausser Kraft zu setzen und damit das Problem hinauszuschieben. Wenn die Mehrheiten also nicht passen, so werden sie einfach passend gemacht.

Dabei wird mit den «Massnahmen» bei den Abschreibungen nur um das Problem herum getanz, ohne es an der Wurzel zu packen. Verschiebungen in der Buchhaltung finden eine Mehrheit, denn sie tun niemandem weh – zumindest kurzfristig. Die nächste Generation trifft es dafür umso härter. Es wäre nun höchste Zeit, dem Volk reinen Wein einzuschenken. Im Herbst werden wir voraussichtlich wiederum über Massnahmen abstimmen, die wehtun werden, weil sie zu echten Mehreinnahmen beziehungsweise Minderungen ausgaben führen. In einer Demokratie sollte es eigentlich selbstverständlich sein, dass gegenüber dem Volk Transparenz herrscht. Die willkürliche

Anpassung des Finanzhaushaltsgesetzes hingegen finde ich aus demokratischer und staatspolitischer Sicht höchst bedenklich.

Am 19. Mai stimmen wir weder über eine Stiftung noch über die Vermögenssteuer ab. Es geht einzig um die Änderung des Finanzhaushaltsgesetzes. Ob diese angenommen oder abgelehnt wird, ändert (leider) nicht viel an der schwierigen finanziellen Lage. Eine Ablehnung wäre aber ein klares Zeichen des Volkes, dass es keine Schuldenwirtschaft will. Es wäre überdies ein klarer Auftrag an die Regierung, an einer grundsätzlichen Sanierung der Kantonsfinanzen zu arbeiten, die auch wirklich nachhaltig ist.



Mike Bacher
Kantonsrat «Generation
Engelberg»/CVP-Fraktion